Protokoll

**8. öffentliche Sitzung des Ausschusses Abfall und Öffentliche Sicherheit
vom 15.11.2023, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200**

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung	
1.	Genehmigung des Protokolls der 7. Ausschusssitzung vom 29.08.2023	
2.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
3.	Bericht des Kreisbrandmeisters	
4.	Produkthaushalt 2024: Produkt 53701 Abfallwirtschaft	2023/812
5.	Gebührenbedarfsberechnung 2024	2023/813
6.	Abfallgebührensatzung 2024	2023/814
7.	Abfallentsorgungssatzung 2024	2023/815
8.	Produkthaushalt 2024: Budget 02 – Ordnung / Produkte 12201, 12601, 12701, 12801	2023/808
9.	Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen	
9.1.	Auftragsvergabe mobile und stationäre Schadstoffsammlung im Landkreis Lüchow-Dannenberg 01.01.2024 bis 31.12.2025 mit Kündigungsoption für 2025	2023/807
9.2.	Neuer Entsorger Leichtverpackung (LVP)	2023/816
9.3.	Auftragsvergabe Annahme und Verwertung von Grünabfällen vom 01.01.2024 - 31.12.2026 mit Verlängerungsoption bis längstens 31.12.2029	2023/818
9.4.	Sachstand Bioabfallsammlung und Biomassehof (mdl.Bericht)	
9.5.	Anfrage der SOLI-Kreistagsfraktion vom 31.10.2023: Weiterhin für Abfalltonnen heiße Luft bezahlen?	2023/833

Nicht öffentlicher Teil

10. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
11. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Bade, Heike
KTA Beckmann, Uwe
KTA Korth, Friedhelm Dietmar
KTA Petersen, Andreas Vorsitz
KTA Schulz, Torsten
KTA Siemke, Jörg Heinrich stellv. Vorsitzender
KTA Tietke, Eckhard
KTA Tzscheuschler, Joachim
KTA Allgayer-Reetze, Patricia
Beratendes Mitglied Jagow, Jörg
Kreisbrandmeister Peters, Henning
Beratendes Mitglied Sowa, Frank
Jessen, Sebastian – Fachdienst Ordnung
Kunitz, Hendrik – Fachdienstleitung Ordnung
Müller, Kathleen – Fachdienst Abfallwirtschaft
Rzepa, Martin – kommissarische FDL 70 Abfallwirtschaft
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel
Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria

Es fehlen:

KTA Behrens, Marcel
KTA Hennings, Matthias
KTA Hensel, Thorsten
Beratendes Mitglied Harms, Horst

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:58 Uhr
nichtöffentlicher Teil: - Uhr

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der **Ausschussvorsitzende KTA Petersen** eröffnet die 8. öffentliche Sitzung des Ausschusses Abfall und öffentliche Sicherheit. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

1. Genehmigung des Protokolls der 7. Ausschusssitzung vom 29.08.2023

Das Protokoll der 7. Ausschusssitzung vom 29.08.2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 4

2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

3. Bericht des Kreisbrandmeisters

Kreisbrandmeister Peters stellt sich den Ausschussmitgliedern vor, bedankt sich für die Einladung und trägt zu den Themen Fortführung Neubau FTZ in Dannenberg, Übernahme Haus des Ehrenamtes, Einheiten zur Vegetationsbrandbekämpfung, Umstellung Ausbildung Truppführer ab 2024, Erlass Aufstellung Kreisfeuerwehrebereitschaften und Personalgewinnung vor.

Abschließend geht er nochmal genauer auf die Landeseinheiten zur Vegetationsbrandbekämpfung, den sogenannten GFFF-V- Modulen ein. Er berichtet, dass der hiesige Landkreis zusammen mit dem Landkreis Lüneburg ein gemeinsames Modul im Auftrag des Landes bildet. Ein Modul bestehe aus 52 Einsatzkräften und sechs Fahrzeugen, einem Führungsfahrzeug, vier Tanklöschfahrzeugen und einem Gerätewagen.

KTA Beckmann erfragt, ob die Einsatzkräfte alle aus dem hiesigen Landkreis kämen.

Kreisbrandmeister Peters verneint dies und merkt an, dass die Samtgemeinde Gartow ein Löschfahrzeug und acht Einsatzkräfte und die Samtgemeinde Elbtalaue zwei Löschfahrzeuge und 20 Einsatzkräfte dem Land Niedersachsen gemeldet habe.

KTA Beckmann möchte wissen, wer die Einsatzkräfte ausbildet.

Kreisbrandmeister Peters antwortet, dass die Ausbildung modular aufgebaut sei und aus internen und externen Schulungen bestehe.

KTA Allgayer-Reetze erfragt, ob es landesweite Bereitschaftsdienstpläne gebe.

Kreisbrandmeister Peters merkt an, dass sich grundsätzlich jeder Feuerwehrmann, der sich dieser Einheit angeschlossen habe, dazu bereiterkläre, an Einsätzen teilzunehmen. Sollte es an Einsatzkräften fehlen, werde notfalls auch auf andere Einheiten zurückgegriffen. Ziel sei es jedoch, jeweils ein Modul für den Ernstfall bereitzuhalten.

Kenntnis genommen

4. Produkthaushalt 2024: Produkt 53701 Abfallwirtschaft

2023/812

Frau Müller trägt die wesentlichen Änderungen der Haushaltsansätze 2024 vom Produkt 53701- Abfallwirtschaft anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Der **Ausschussvorsitzende KTA Petersen** möchte wissen, warum sich die Ansätze im Sachkonto 425.100 Haltung von Fahrzeugen nahezu verdoppelt haben.

Frau Müller antwortet, dass das RPA bemängelt habe, dass der Eigenverbrauch von Diesel nicht im Sachkonto 425.100 verbucht sei. Daher wurden die Ansätze für das HHJ 2024 entsprechend angepasst.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

Für das Haushaltsjahr 2024 werden folgende Plan-Zahlen für den Ergebnishaushalt festgelegt:

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Produkt 53701 - Abfallwirtschaft	7.594.700,00 €	7.594.700,00 €	0,00 €
Budget gesamt	7.594.700,00 €	7.594.700,00 €	0,00 €

5. Gebührenbedarfsberechnung 2024 2023/813

Frau Müller teilt mit, dass bei der Gebührenbedarfsberechnung 2024 anstatt eines zweijährigen Kalkulationszeitraumes ein einjähriger Kalkulationszeitraum veranschlagt wurde, dies sei aus Sicht der Verwaltung aufgrund der zahlreichen Unvorhersehbarkeiten im Jahr 2024 erforderlich, um erhebliche Fehlkalkulationen auszuschließen.

Anschließend berichtet sie anhand einer PowerPoint-Präsentation zur Vorgehensweise und Kalkulation der Gebühren 2024.

KTA Korth merkt an, dass die SOLI-Kreistagsfraktion hierzu eine Anfrage gestellt habe und bittet um Vorzug des Tagesordnungspunktes 9.5.

Der **Ausschussvorsitzende KTA Petersen** verneint dies.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

6. Abfallgebührensatzung 2024 2023/814

Frau Müller trägt die Änderungen in der Abfallgebührensatzung 2024 anhand der Vorlage vor.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

Der Kreistag erlässt die Satzung über die Abfallentsorgung für den Landkreis Lüchow-Dannenberg (Abfallgebührensatzung) in der vorgelegten Version.

7. Abfallentsorgungssatzung 2024 2023/815

Frau Müller trägt anhand der Sitzungsvorlage die wesentlichen Änderungen in der Abfallentsorgungssatzung 2024 vor.

KTA Beckmann erfragt was unter Leichtabfällen zu verstehen sei. Hintergrund sei der, dass man für einen halben Kubikmeter Styrodur bzw. Styropor auf der Deponie in Woltersdorf 90,00 Euro zahlen müsse.

KBD Stellmann merkt an, dass es sich bei den Leichtabfällen nicht um Leichtverpackung handle, die man in der Gelben Tonne entsorgen könne, sondern um Baurückstände, die zu entsorgen und schwer zu recyceln seien. Hieraus resultieren die hohen Entsorgungskosten.

KTA Beckmann bemängelt, dass es in der Spanne von 0 bis 180 Kilogramm an Differenzierung fehle.

KTA Siemke stellt klar, dass die Differenzierung, bis zu welcher Grenze Pauschalen erhoben werden und ab wann in Tonnen abgerechnet werde, nicht auf jeden Einzelanlieferer zugeschnitten werden könne.

Manchmal lohne es sich eben, zu sammeln oder sich mit seinem Nachbarn zusammen zu tun.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

Die Abfallentsorgungssatzung wird entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung geändert

8. Produkthaushalt 2024: Budget 02 – Ordnung / Produkte 12201, 12601, 12701, 12801	2023/808
---	----------

FDL Kunitz stellt die Haushaltsansätze 2024 der Produkte 12201- Öffentliche Sicherheit, 12601- Brandschutz, 12701- Rettungsdienst und 12801- Katastrophenschutz vor.

KTA Fricke möchte wissen, ob die Gebühren für die Jägerprüfung erhöht wurden.

FDL Kunitz führt aus, dass zum einen die Gebühren für die Jägerprüfung selbst, als auch die Aufwandsentschädigung der Prüfer im kommenden Jahr steigen werde.

KTA Fricke erfragt, ob die Jägerprüfungen den Haushalt des Produktes 12201-Öffentliche Sicherheit positiv belasten.

FDL Kunitz bejaht dies.

KTA Bade möchte zu Produkt 12701 Rettungsdienst wissen, wo die 90.000 EURO an Mehraufwendungen in den Personalkosten herkommen.

FDL Kunitz äußert, dass in der Rettungsleitstelle zwei neue Disponenten eingestellt worden sind.

KTA Bade bemängelt, dass diese zwei Stellen in der Produktbeschreibung „Personalausstattung“ nicht enthalten seien.

FDL Kunitz antwortet, dass sich die zwei Stellen in den Kennzahlen auf die Produkte Rettungsdienst und Brandschutz mit 60:40 aufteilen.

KTA Korth erfragt, welche gesetzliche Vorgabe es für die zwei Stellen im Katastrophenschutz gebe.

Herr Jessen verdeutlicht, dass sowohl durch den Krieg in der Ukraine als auch durch die Ahrtal-Katastrophe die Themen Katastrophen- und Zivilschutz landesweit mehr in den Fokus gerückt ist. So sind u.a. mit der Zivilen Alarmplanung neue Aufgaben für die unteren Katastrophenschutzbehörden hinzugekommen.

KTA Korth möchte wissen, ob diese zwei Stellen befristet seien.

Herr Jessen verneint dies.

KTA Korth merkt an, dass, wenn der Katastrophenschutzplan erst einmal stehe, sich der Aufwand entsprechend reduzieren müsste.

Herr Jessen hebt hervor, dass der Pflegeaufwand für den Katastrophenschutzplan enorm sei. Daher auch die unbefristeten Stellen. Zudem teilt er zu der Frage von **KTA Bade** zum Produkt Rettungsdienst mit, dass die Personalkennzahlen nicht falsch seien, sondern aufgrund von Änderungen bei der Aufteilung der Leitungsstellen auf die Fachbereiche nur nicht auf den ersten Blick erkennbar sind.

KTA Schulz erkundigt sich, ob es richtig sei, dass das Land Niedersachsen die Truppführerausbildung verordnet habe, aber die Kosten nicht übernehme.

Herr Jessen erörtert, dass das Land die Truppführerausbildung am NLBK in der bisherigen Form abschafft und diese mit der Truppmannausbildung zu einer modularen Truppausbildung umorganisiert, welche zukünftig auf kommunaler Ebene umgesetzt werden muss.

KTA Schulz bemängelt, dass dies zu Mehraufwendungen führe.

Herr Jessen merkt an, dass dies noch nicht feststehe. Derzeit seien keine Mehrkosten geplant. Man werde dies jedoch im Blick behalten und nach dem ersten Durchführungsjahr bewerten.

KTA Schulz erfragt zum Haus des Ehrenamtes, ob es richtig sei, dass der Landkreis 1,5 Millionen Euro ausgeben müsse, um eine Bedarfszuweisung vom Land in Höhe von 1 Millionen Euro zu erhalten.

Herr Jessen merkt an, dass das Land zum Thema Brandschutz eine Bedarfszuweisung in Höhe von 60 %-80 % der Kosten zur Verfügung stelle. Deshalb will man versuchen, den größtmöglichen Zuschuss für Sanierungsmaßnahmen am Haus des Ehrenamtes abzugreifen. Zum einen für energetische Maßnahmen zum anderen für Umbaumaßnahmen am Dach. Ziel soll es sein sich zukunftsorientiert aufzustellen um auch größere Feuerwehr- und Katastrophenschutzfahrzeuge unterstellen zu können.

FDL Kunitz verdeutlicht, dass diese Maßnahmen in den kommenden Jahren sowieso auf den Landkreis zugekommen wären. Dann aber wahrscheinlich ohne einen Zuschuss vom Land.

KTA Schulz stellt klar, dass die Begründungen nachvollziehbar seien. Dennoch sollten diese Maßnahmen im Vorfeld vernünftig kommuniziert werden. Er fragt, ob neue größere Katastrophenschutzfahrzeuge auch untergestellt werden können, wenn das HDE nicht umgebaut werde.

Herr Jessen erläutert noch einmal die Vorgaben aus dem neuen Gliederungserlass zu Katastrophenschutzfahrzeugen des Landes. Neue Katastrophenschutzfahrzeuge mit größeren könnten bei Nichtumbau des HDE im neuen Katastrophenschutzzentrum des DRK untergestellt werden.

KTA Siemke verdeutlicht, dass alle Begründungen nachvollziehbar seien, aber dass die aktuelle Haushaltssituation keine Sanierungsmaßnahmen mit einem Eigenanteil i.H.v. 500.000 Euro zulasse. Er vermisse den betriebswirtschaftlichen Aspekt. Seiner Meinung nach seien dies Wünsche, die aber nicht mit dem Haushalt und der Einnahmesituation vereinbar sind. Auch stellt er mit Blick auf die Haushaltslage generell die Schaffung von Personalstellen, so auch im Katastrophenschutz in Frage. Seiner Meinung nach hätten diese Stellen auch durch Umverteilung innerhalb des Personalkörpers besetzt werden können.

FDL Kunitz wirft ein, dass es sich bei den Aufgaben um Pflichtaufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches handele.

KTA Siemke stellt klar, dass es trotzdem eine grundsätzliche Pflicht sei, sparsam mit Steuergeldern umzugehen.

EKR Schermuly stellt klar, dass keine der Mehrstellen in diesem Haus arbeitslos sei.

KTA Siemke merkt an, dass er die Aussagen nachvollziehen könne, aber die Haushaltslage weder die Sanierung noch die zusätzlichen Stellen hergebe.

KTA Bade stimmt der Aussage von **KTA Siemke** zu und bemängelt, dass es keine Kostenaufstellung gebe.

KTA Tietke möchte wissen, ob es sicher sei, dass der Landkreis die Bedarfszuweisung überhaupt erhält.

Dies wird verneint.

KTA Sperling stellt klar, dass er zur Haushaltsberatung wissen müsse, wie das ganze kompensiert werden soll. Eine Erhöhung der Kreisumlage schließt er kategorisch aus.

FDL Kunitz stellt klar, dass es sich hierbei um einen Vorratsbeschluss handelt um sich die Bedarfszuweisung zu sichern. Die genaue Umsetzung wäre Beratungsgegenstand folgender Ausschusssitzungen.

KTA Beckmann verdeutlicht, dass es sich hier vorerst nur um Ideen handle. Wie das Ganze schlussendlich finanzierbar sei, beziehungsweise was tatsächlich umsetzbar ist, entscheide sich erst, wenn genauere Zahlen vorliegen und die Haushaltsgespräche abgeschlossen seien.

Der **Ausschussvorsitzende Petersen** stellt infrage, ob man das Haus des Ehrenamtes bei genannten Sanierungskosten von 1,5 Millionen überhaupt gekauft hätte.

EKR Schermuly stellt klar, dass sich die Ausführungen der Verwaltung, die im Rahmen der Kaufentscheidung getätigt wurden, nicht geändert haben. Es sei nicht notwendig das HDE grundlegend zu sanieren, um es kurzfristig zu nutzen. Der während der Kaufentscheidung dargestellte mittelfristige und langfristige Sanierungsbedarf hat Bestand. Der jetzige Antrag auf Bedarfszuweisung stelle jedoch eine Chance dar, diesen wenn auch später anfallenden Sanierungsbedarf schon jetzt durch Fremdgelder zumindest teilweise zu decken.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 5

Für das Haushaltsjahr 2024 werden folgende **Plan**-Zahlen für den Ergebnishaushalt festgelegt:

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Produkt 12201 Öffentliche Sicherheit	281.500 €	529.300 €	-247.800 €
Produkt 12601 Brandschutz	787.700 €	2.052.000 €	-1.264.300 €
Produkt 12701 Rettungsdienst	7.937.500 €	8.866.500 €	-929.000 €
Produkt 12801 Katastrophenschutz	59.600 €	411.700 €	-352.100 €
Budget 02 - Ordnung gesamt	9.066.300 €	11.859.500 €	-2.793.200 €

9. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnismnahmen

KTA Schulz erfragt, was mit der Ausschreibung Verwertung von Altholz sei.

Frau Müller führt aus, dass die Verwertung von Altholz aus Sperrmüll nicht neu ausgeschrieben werde, sondern die Mengen zukünftig ins AI bis AIII Holz gehen. Dies sei auch in anderen Landkreisen so üblich.

KTA Schulz möchte wissen, ob der Landkreis mit den Antennen am FTZ Turm Einnahmen generiere und wenn ja in welcher Höhe. Zudem bittet er um Aufstellung der Ausfälle und ob diese kompensiert werden.

Herr Jessen merkt an, dass er eine Auflistung der Einnahmen dem Protokoll beifügen werde. Zum Antennenstandort der FTZ teilt er mit, dass es für Tetra-Basisstation der ASDN bereits einen alternativen Standort gebe. Das Problem sei der Vertrag mit der Firma Vodafone, dieser liefere noch bis 2025. Der Abriss des Turmes sei allerdings für Mitte 2024 geplant. Hier stehe man in Verhandlung bezüglich alternativer Standorte für die Restlaufzeit oder einer vorzeitigen Auflösung des Vertrages.

Eine Auflistung der Einnahmen ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

9.1. Auftragsvergabe mobile und stationäre Schadstoffsammlung im Landkreis Lüchow-Dannenberg 01.01.2024 bis 31.12.2025 mit Kündigungsoption für 2025 2023/807

Kommissarischer FDL Rzepa trägt vor, dass die mobile und stationäre Schadstoffsammlung im hiesigen Landkreis für das kommende Jahr 2024 neu ausgeschrieben werden musste. Die Ausschreibung wurde gemäß Unterschwellenvergabeverordnung national mittels öffentlich Ausschreibung durchgeführt. Es sind zwei Angebote eingegangen. Das wirtschaftlichste Angebot habe die Karl Meyer Umweltdienste GmbH & Co. KG Hamburg mit 94.732,01 Euro pro Jahr abgegeben.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

9.2. Neuer Entsorger Leichtverpackung (LVP) 2023/816

Kommissarischer FDL Rzepa berichtet anhand der Vorlage, dass die Entsorgung der Leichtverpackung für den Zeitraum 2024-2026 durch das Duale System neu vergeben wurde. Ab den 01.01.2024 sei der Recyclinghof Farsleben mit der Sammlung der LVP-Abfälle beauftragt.

KTA Korth bemängelt zum einen das Vorgehen der zwei Firmen in Bezug auf den Tonnentausch, zum anderen die zukünftig anfallenden Gebühren für Gewerbebetriebe und Schulen.

Der **Ausschussvorsitzende KTA Petersen** stellt klar, dass der Landkreis keinen Einfluss auf das Duale System habe. Zudem handele es sich um private Firmen und dessen Eigentum.

Kommissarischer FDL Rzepa bekräftigt die Aussage vom **Ausschussvorsitzenden KTA Petersen**.

KTA Korth erfragt, wie sich das mit dem Gewerbegebühren verhält.

Kommissarischer FDL Rzepa stellt klar, dass der Landkreis auch darauf keinen Einfluss habe.

KTA Tietke möchte wissen, ob der Landkreis die Möglichkeit habe, zukünftig auf Missstände in Bezug auf Tonnentausch, Gebühren usw. hinzuweisen.

Kommissarischer FDL Rzepa merkt an, dass es einen Ansprechpartner von den Systemen für unseren Landkreis gebe. Inwieweit dieser bereit sei Missstände zukünftig vor Abstimmung und Ausschreibung zu klären, müsse er erfragen.

Kenntnis genommen

9.3. Auftragsvergabe Annahme und Verwertung von Grünabfällen vom 01.01.2024 - 31.12.2026 mit Verlängerungsoption bis längstens 31.12.2029	2023/818
--	----------

Kommissarischer FDL Rzepa trägt anhand der Vorlage das Ausschreibungsergebnis vor.

KTA Tzscheutschler möchte wissen, ob die Anzahl der Grüngutplätze bestehen bliebe.

Kommissarischer FDL Rzepa bejaht dies.

KTA Schulz erfragt, ob es Wettbewerber gegeben habe.

Kommissarischer FDL Rzepa antwortet, dass es für Los 1 einen Bewerber und für Los 2 zwei Bewerber gegeben habe.

Kenntnis genommen

9.4. Sachstand Bioabfallsammlung und Biomassehof (mdl.Bericht)

KBD Stellmann berichtet, dass aufgrund der vielen Aufgaben, sei es Gebührenkalkulation, Haushaltsplanung und so weiter, der Fachdienst es zeitlich nicht geschafft habe, eine Entscheidungsvorlage entsprechend vorzubereiten. Da es auch vom Fördermittelgeber keinen neuen Sachstand gebe und die Zahlen für das kommende Haushaltsjahr nicht relevant seien, habe man sich dazu entschieden, das Thema in der Ersten Sitzung 2024 zu behandeln.

KTA Siemke möchte wissen, ob mittlerweile geklärt sei, welche Teile des Biomassehofes förderfähig sind.

KBD Stellmann antwortet, dass nur die technischen Anlagen förderfähig seien.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

9.5. Anfrage der SOLI-Kreistagsfraktion vom 31.10.2023: Weiterhin für Abfalltonnen heiße Luft bezahlen?	2023/833
--	----------

KTA Korth trägt zur Anfrage der SOLI-Kreistagsfraktion „Weiterhin für Abfalltonnen heiße Luft bezahlen?“ vor.

Der **Ausschussvorsitzende KTA Petersen** weist darauf hin, dass durch die Pflichtleerungen der Bürger zu

einer ordnungsgemäßen und satzungskonformen Abfallentsorgung angehalten werde. Zudem sei damit zu rechnen, dass bei Wegfall der Pflichtleerungen mehr Abfälle in den Wäldern lande.

KBD Stellmann gibt zu bedenken, dass die Zahlen aus der Tischvorlage ein deutlich verfälschtes Bild darstellen. Unterjähriger Zuzug oder Wegzug von Haushalten sowie Zweitwohnsitze könnten in der Statistik nicht herausgefiltert werden. Die Mindereinnahmen seien zudem von jedem Bürger zu tragen, der dauerhaft im Landkreis wohne und das Abfallsystem auch nutze.

KTA Schulz bekräftigt die Aussage von **KBD Stellmann** und äußert, dass er sich nicht vorstellen könne, dass ein Bürger der im Landkreis lebe nur einmal im Jahr die Tonne leeren lasse.

KTA Bade plädiert für die Weiterführung der 6 Pflichtleerungen. Familien mit Kindern oder Pflegebedürftigen sollten auf keinen Fall bestraft werden. Wichtiger sei es, den Anschluss und Benutzungszwang weiter zu verfolgen und die heranzuziehen, die keine Müllgebühren zahlen.

KTA Siemke erinnert an die Worte des verstorbenen **FDL Unterste-Wilms** „Wollte ihr den Müllwerkern im Sommer das zumuten, Mülltonnen mit lebenden Kulturen zu leeren“ und spricht sich ebenfalls für die Weiterführung der sechs Pflichtleerungen aus.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Kenntnis genommen

Ausschussvorsitzender KTA Petersen bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die 8. Sitzung des Ausschusses Abfall und Öffentliche Sicherheit.

gez. A. Petersen

Vorsitzender

gez. Müller

Protokollführung